Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 76 (2021)

Heft: 3

Artikel: Ist es nur Opportunismus oder haben wir Angst? : Gedanken über die geliebte Natur und das liebe Geld im Nachgang zur Abstimmung vom 13. Juni 2021

Autor: Weiss, Jakob

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-976525

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ist es nur Opportunismus oder haben wir Angst?

Gedanken über die geliebte Natur und das liebe Geld im Nachgang zur Abstimmung vom 13. Juni 2021

Jakob Weiss. Unter dem Druck der Befragerin geriet der sonst beredte Bio Suisse-Präsident in Verlegenheit, als er sein Nein zur Trinkwasser-Initiative begründen musste.[1] Zu offensichtlich wurde der Widerspruch, in dem die von ihm vertretene Biolandwirtschaft steckt. Im Falle einer Annahme der Initiative, die «keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» forderte, würden zu viele Bauern auf biologische Bewirtschaftung umstellen – und dann sei ein Preiszerfall für Bio-Lebensmittel zu befürchten. **Wo einst ‹Bioland Schweiz› das Ziel war, machte sich nun Urs Brändli zum Verbündeten für den weiteren Einsatz von Pestiziden in der Mehrheitslandwirtschaft.** Um den Besitzstand der 14% Biobauern gegen künftige Eindringlinge zu schützen. Soll man diese Argumentation als klugen Opportunismus oder als Angsthandlung verstehen?

Behauptungen

Die Kampagne gegen die «extremen» Initiativen schürte in Wort und Bild die Angst. Den Pestizid-Ast absägen, auf dem wir alle sitzen? Das hiesse: «Kein Schweizer Brokkoli mehr»; «Zusammenbruch der regionalen Produktion»; «die Preise für Lebensmittel steigen massiv»; «Kaffeepause ohne Kaffee». Und, in der Pandemie besonders wirksam, die maliziöse Frage: «Desinfektionsmittel verbieten?». So und ähnlich wurde mit Behauptungen und Drohungen eine Zukunft zum Verzweifeln prognostiziert. Wahre Teufelsinitiativen. Jedoch kaum ein valables Argument gegen ihren Inhalt. Kein Wort über die für die Schweiz typischen und pragmatischen Umsetzungsprozesse, bis jeweils aus einem Volksbegehren auch Verordnungen und Gesetze werden. Initiativen sind ja nur der Anstoss, damit etwas in ihre Richtung geht, ‹Zähne› musste noch jede lassen. Ich behaupte hier meinerseits und bloss nebenbei: Die Umsetzung beider Initiativen hätte keinem Bauern, auch keiner Weinbäuerin, ein Haar gekrümmt. **Nur im Denken hätten alle einen Schritt tun müssen.** Kein Rückgang der sogenannten Selbstversorgung wäre eingetreten. Im Gegenteil, man hätte bloss den Futteranbau für Tier und Mensch in ein anderes Verhältnis setzen müssen. Stattdessen wurde durch aggressive Verbreitung von viel Fake News eine Chance sabotiert, grundsätzlich über Sinn und Zweck unseres Landwirtschaftssystems zu reden und es endlich sinnvoller zu gestalten. ‹Extrem› sind Selbstverständlichkeiten wie das Enthornen von Kälbern, nicht der Wunsch nach pestizidfreiem Trinkwasser.

Die prioritären Sorgen der Leute. Zeichnung: Schlorian

Warum setzt sich das Nötige nicht durch?

Nun, diese agrarpolitische Episode ist Geschichte. Es bleibt die Frage: Warum laufen Initiativen, die das Nötige und im Grunde Selbstverständliche verlangen, nach anfänglich grosser Zustimmung in der Bevölkerung so häufig in den Hammer einer aufgebrachten Gegnerschaft? Man darf an dieser Stelle die Konzernverantwortungsinitiave oder das CO_2-Gesetz dazudenken sowie eine ganze Reihe umweltbezogener Abstimmungen der letzten vier Jahrzehnte.[2]

Das Interesse von Wirtschaftsverbänden am gut geschmierten Ist-Zustand, wozu auch der Bauernverband am Gängelband der Fenaco gehört, darf man unter Opportunismus verbuchen. So, wie sich die Erdöllobby nicht gegen zunehmenden Verkehr sträubt, so macht sich auch der Landmaschinenverband nicht stark für eine geringere Mechanisierung der Landwirtschaft. Und die chemische Industrie unterstützt bestimmt keine Pestizid- oder Düngerbeschränkung. Doch **warum obsiegt bei wichtigen Entscheidungen immer wieder die Angst der Abstimmenden über ihre anfängliche Zuversicht? Was gibt es zu verlieren?** Weshalb befürchten wir ‹einschneidende› Veränderungen, anstatt einfach einmal etwas zu tun, von dem wir schon lange wissen, dass wir es tun müssten? Ich möchte hier einen Erklärungsversuch zu diesen Fragen vorstellen.

Grenzen der Demokratie

Stephan Lessenich macht auf ein tiefliegendes Defizit demokratischer Staatsgebilde aufmerksam. Der Soziologe war hier auch schon zu Gast mit seinem Buch «Neben uns die Sintflut» (2016)[4]. Darin beschreibt er die Mechanismen, mit der **hochentwickelte Gesellschaften viele ihrer hausgemachten Probleme ‹externalisieren›, d.h. in schwächere Staaten auslagern.** In einem 2019 erschienenen Reclam-Bändchen nahm er sich sodann der «Grenzen der Demokratie» an.[3] Lessenichs Analyse entdeckt einen blinden Fleck in unserem gewohnten Staats- und Selbstverständnis. Diesen auszuleuchten kann helfen, auch die Agrarsituation anders begreifbar zu machen. Was dann bei künftigen Abstimmungen zu weniger egoistischen Urteilen der Stimmberechtigten führen könnte.

---

[1] *https://www.srf.ch/play/tv/kassensturz/video/sicherheitsluecke-bei-travelcash-von-swiss-bankers?urn=urn:srf:video:c9d442db-3d17-4dd8-9bfc-1687a751d0bd,)*

[2] *Wie die einst fortschrittliche Umweltpolitk der Schweiz erlahmte und wissenschaftliche Expertise von Meinungsmache und ökonomischen Interessen verdrängt wurde: Jakob Tanner, Infosperber-Beitrag vom 11. 07. 2021, insbesondere auch der Link zum Bericht in der «Republik».*

[3] *Stephan Lessenich (2019), Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem.* [4] *Siehe Kultur und Politik, Nr. 1/18.*

Was wir FreundInnen der Demokratie gerne verdrängen, macht Lessenich mit der Theorie von sozialer Öffnung und Schliessung erkennbar. Sie zeigt auf, wo die so hoch (und für universal) gehaltenen Werte Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit an Grenzen stossen. Was nämlich eine Gruppe, eine Gemeinschaft oder ein Staat für sich in Anspruch nimmt, schliesst stets jene aus, die daran nicht teilhaben können oder nicht teilhaben dürfen. Als Beispiele: Angestellte können nicht über wirtschaftliche Massnahmen von Konzernchefs bestimmen, Mittellosen ist der Zugang zu kulturellen Veranstaltungen praktisch verwehrt, Eingewanderte leben lange ohne Stimm- und Wahlrecht hier. **Lessenich nennt diese sozialen Bereiche, zu denen wir Zutritt haben oder eben nicht, ‹Berechtigungsräume›.**

Damit die offensichtliche Ungleichverteilung solcher Berechtigungen nicht zu diffusen Schuldzuweisungen führt, arbeitet Lessenich ein Orientierungsgerüst von vier Dimensionen heraus, welches demokratischen Gesellschaften gewissermassen als Skelett eingebaut ist. Jede dieser Dimensionen hat ihre eigentümlichen und konflikthaften Grenzbereiche. Die vierte jedoch blieb in den letzten 350 Jahren praktisch verborgen.

Die drei sozialen Dimensionen einer demokratischen Gesellschaft

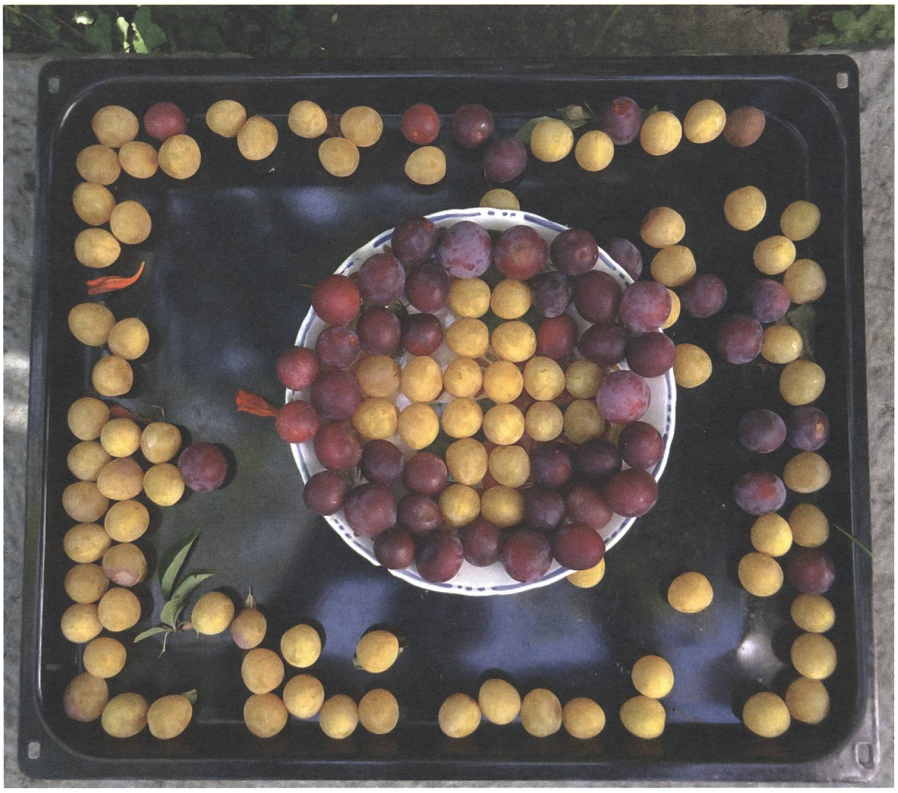
Die *erste* Dimension erstreckt sich entlang des gesellschaftlichen **Gefälles zwischen ‹Oben› und ‹Unten›, zwischen Armut und Wohlstand.** Die ‹Schere zwischen Arm und Reich› gehe weiter auf, das ist regelmässig in der Zeitung nachzulesen. Dem obszönen Verhältnis zwischen wenigen Superreichen und der grossen Weltmehrheit konnte auch ‹Corona› nichts anhaben, im Gegenteil. Zur Zeit sorgen sich gleich drei durch das Internet gross gewordene Privatmänner darum, wer von ihnen das Geschäft mit touristischen Weltraumflügen besser betreiben kann, während rund 700 Millionen Menschen – 80 mal die Schweizer Bevölkerung – nicht genug zu essen haben. An dieser vertikalen Achse von finanzieller Ermöglichung möchten praktisch alle Menschen einfach höher klettern.

Die *zweite* Dimension geht in die Horizontale. Im sozialen **Alltag der hierarchisch flacher geschichteten Mehr- und Minderheiten** gilt es für jede und jeden, sich Zutritt zu den verschiedenen gesellschaftlichen Berechtigungsräumen zu verschaffen. Diese horizontale Dynamik läuft kreuz und quer zur Oben-unten-Bewegung und verschleiert diese zum Teil, selbst wenn der Drang nach oben überall spürbar ist. Die Auseinandersetzung um die Gleichstellung der Frauen gehört zum Beispiel in diese Dimension. Aber genauso die Frage, wer sich zu welcher Ausbildung Zugang verschaffen kann. Auch mit unserem Reiseverhalten geht eine buchstäblich weltumspannende Berechtigungsvorstellung einher: Wir erlauben uns, die ganze Welt erkunden zu dürfen, während weit mehr als die Hälfte aller Menschen noch nie ein Flugzeug bestiegen hat und es auch nicht können wird. **«Es ist die Anhäufung und Kombination von Berechtigungspositionen, die den modernen Bürgerstatus ausmacht»,** schreibt Lessenich. «Demokratie ist dann eben nicht mehr nur eine Regierungs-, sondern eine Lebensform.» Zur Schweizer Lebensform gehört, einen dreifach zu grossen Fussabdruck zu beanspruchen.

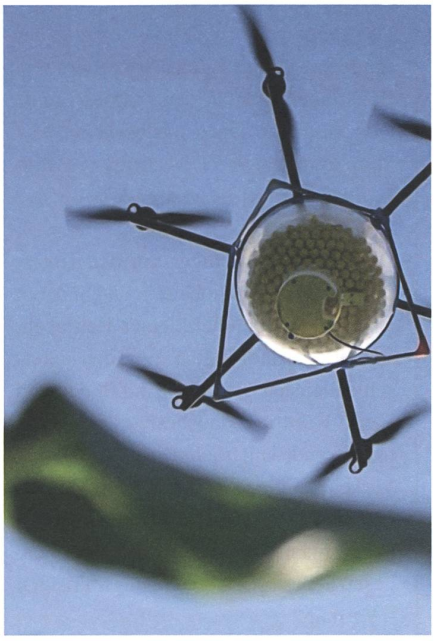
Öffnen oder schliessen

Als *dritte* Dimension (oder ‹transversale› Achse) beschreibt Lessenich die Mechanik zwischen **Innen und Aussen national verfasster Gebilde.** Hier geht es zum Beispiel um Migration und die Frage, ob das eigene Boot voll sei. Auch die freiheitlichste Demokratie schliesst sich gegen Ausseneinwirkungen ab, sobald diese nicht willkommen sind. Das Öffnungs- und Schliessungsprinzip ist auf dem Arbeitsmarkt besonders gut sichtbar. Die Zulassung fremder Arbeitskräfte wird unter zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Prämissen zur Abwehr von allgemeiner Einwanderung bei gleichzeitiger Zulassung spezifischer Menschengruppen diskutiert. ArbeiterInnen im Tieflohnsektor werden unter Auflagen und ohne politische Teilhabe zugelassen. Ärzte und Akademikerinnen sind je nachdem hochwillkommen und werden rasch eingebürgert. Flüchtlinge wiederum sind von fast allen uns selbstverständlichen Berechtigungsräumen ausgeschlossen.

Jedoch: Die Schweiz ohne Importe? Die Schweiz ohne Exporte? Sie könnte gar nicht existieren ohne Austausch und Zusammenarbeit über die politische Grenze hinweg. Da kommt dann das staatliche Eigeninteresse abwägend ins Spiel: Flüchtlinge oder Weizen hereinlassen? Den Flugverkehr oder die Biodiversität schützen? Fremde Arbeitskräfte sind dringend nötig, fremde Uhren weniger. Die damit verbundenen Widersprüche sind uns nicht wirklich angenehm.



Wer gehört dazu, wer nicht? Demokratie ist ein ständiges Aushandeln über Ausschliessung und Einschliessung. Im Innern und über nationale Grenzen hinaus.
Aber das existenzielle Verhältnis zum Boden wird zu wenig reflektiert. Foto: Jakob Weiss



«Kampf zwischen Landwirtschaft von oben und...
Foto: Fenaco, Jahresbericht 2021

Was ist uns wie viel ‹wert›? **Gerne verdrängen wir, dass wir nicht nur Dingen und Menschen, sondern auch ethischen Werten eine Grenze setzen.** Die (nationale) Gemeinschaft bedingt Exklusion von Menschen ausserhalb der selbst gesetzten Abgrenzung; meine eigene Selbstverwirklichung schmälert anderen ihre Lebensmöglichkeiten; wo immer wir Einheitlichkeit durchsetzen, verknappen wir Vielfalt. Rassismus, Fremden- und Frauenfeindlichkeit, aber auch viele unserer Gesetze sind Haltungen und Instrumente zur Abschliessung. Oder zur Absicherung von Vorteilen.

Die verdrängte vierte Dimension

Nun gibt es noch eine vierte Dimension demokratischer Gesellschaften, die alle Umweltbewussten besonders beschäftigen müsste. Sie funktioniert im Versteckten, obwohl wir beinahe ständig über sie reden. Lessenich nennt sie die ‹externale› (äussere) Achse. Es geht um den **Boden, auf dem alles steht, um die Welt als Lebensraum für die Menschheit.** Mit Begriffen wie Umwelt, Klima oder Natur deuten wir immer diese vierte Dimension an. Ohne sie gibt es uns nicht. Denn wir stehen nicht nur in Verbindung mit anderen Menschen und müssen die entsprechenden Beziehungen organisieren, wir sind auch abhänging von einer materiellen Lebensgrundlage.
Der Kampf um die Verfügungsgewalt über dieses vierte Handlungsspektrum (z.B. mit Kriegen) gehört den ersten drei, sozusagen zwischen-menschlichen Dimensionen zugerechnet. Mit der vierten Achse ist hingegen die direkte Nutzung der Natur gemeint, die oft einfach als **‹Ressource›** verstanden wird: Abbau von Kohle und Erdöl, Kupfer und Lithium, von Regenwald – aber auch Versiegelung der Böden, Wasserverschmutzung und Luftbelastung. Der Unterschied zu den ersten drei Handlungsfeldern besteht darin, dass keine unmittelbare Gegenreaktion stattfindet, kein Echo zu hören ist – kein **Aufschrei,** müsste man angesichts der heutigen Umweltsituation sagen. Plakativ ausgedrückt: Insekten, Kohlendioxid, arktische Eiskappen, Böden, Bäume undsoweiter sitzen nie mit eigener Stimme am Verhandlungstisch. Ihr Berechtigungsraum in den staats- und weltpolitischen Auseinandersetzungen erscheint immer flüchtig.

Stabilisierte Ungerechtigkeit

Nun fragt sich Lessenich auch, warum «das Ganze einigermassen gut funktioniert und sich demokratie-historisch alles in allem als erstaunlich stabil erwiesen hat». Weshalb führen die manifesten sozialen Ungleichheiten nicht zu heftigeren Eruptionen? Seine Erklärung lautet zusammengefasst: Erstens geht es *hierzulande* allen relativ gut. Jeder und jede findet Gründe, warum das eigene Leben eigentlich zufriedenstellend lebbar ist – und arbeitet im gesellschaftlichen Gefüge mehr oder weniger aktiv für das, was als Verbesserung der eigenen Position betrachtet wird. Zweitens beruht demokratische Stabilität darauf, dass eine entscheidende Akteurin im Ganzen bisher ausserhalb sorgender Beachtung blieb: die Natur. Oder genauer, der Verbrauch von Natur. Dass Demokratien verlässliche politische Gebilde sind, hat viel mit der stabilisierenden Wirkung der vierten Dimension zu tun!

Wie das? Das ‹Berechtigungsarrangement› aller Staaten beruht auf der stillschweigenden Annahme, «sich beständig und in ständig wachsendem Masse Natur einzuverleiben und die Rückstände ihres Verbrauchs entsorgen zu können.» Lessenich formuliert noch schärfer: **«[Demokratien leben] in ihrem relativen und begrenzten sozialen Frieden von einem ebenso unerklärten wie unbegrenzten Krieg gegen die Natur.»** Anders gewendet: Naturverbrauch ist zwar konstituierend für das gesellschaftliche Funktionieren, seit es Zivilisation gibt. Aber wie sich immer drastischer zeigt, ist die heutige Vernutzung ökologisch völlig unhaltbar. Wir leben nicht nur *auf* der Welt, sondern – zu sehr – *von* der Welt.
Die vierte Dimension legt also die wortwörtlich fundamentale Grenze auch der so hoch bewerteten Demokratien offen und lässt ihren ‹basalen Widerspruch› zu Tage treten. Dessen Überdeckung oder Verdrängung im historischen Narrativ über Demokratie führte zu einer gesamtgesellschaftlichen ‹Praxis der Destruktion› – Destruktion der Welt. An diesem Punkt, an dieser materialen Grenze, lässt sich die soziologische Analyse mitten in die Landwirtschaft übertragen.

Landwirtschaft als existenzieller Boden – sie macht uns Angst

Landwirtschaft und Landschaft sind untrennbar verknüpft. Im Zusammenspiel mit den lokalen natürlichen Gegebenheiten bilden sie die ‹basale› Ebene für menschliche Existenz. Dieser Bedingtheit können sich auch demokratisch verfasste Gesellschaften nicht entziehen. Seit bald 350 Jahren bauen sie jedoch auf der Zerstörung ihrer natürlichen Grundlage auf. Vom Verschwinden der Bisons in Nordamerika führt eine lange, aber direkte Linie zur Verschmutzung des Trinkwassers in der Schweiz. Wie können wir mit dieser

Landwirtschaft von unten.» Foto: Minga

niederschmetternden Tatsache unseres Naturverzehrs umgehen?
Im Kapitel «Die Angst vor der Demokratie» macht uns Lessenich deutlich, dass es nicht genügt, den Feind oben oder unten, links oder rechts oder jenseits der Landesgrenze zu orten. Vielmehr sind wir, als Demokratieangehörige, *alle* in Positionen gefangen, die ökologisch nicht haltbar sind. Scheinbar ohne aktiv Kolonialist oder Umweltschänder zu sein, weist mich die vierte Dimension doch als Verbündeten in der gewaltsamen Entrechtung und Plünderung der Natur aus. (Das heute so selbstverständlich betrachtete Handy oder Smartphone mit den darin verbrauchten seltenen Metallen kann hier als Gedankenbrücke dienen.) Weil ich in der täglichen Ausübung und Pflege meiner Privilegien den Grund für die anderweitig beobachteten Ungerechtigkeiten zutiefst erahne, verbindet mich mit sämtlichen BürgerInnen – egal, ob in gleichen oder anderen Berechtigungsräumen lebend – die **Angst, das bisherige Geschäftsmodell der real existierenden Demokratien könnte auffliegen.** Der Beschiss, den wir der Natur gegenüber leben, funktioniert nicht mehr lange.

Landwirtschaft solidarischer denken!

Sein Schlusskapitel überschreibt der Autor mit «Solidarität!». Denn die latente Angst wird durch unser etwas schäbiges Verständnis von Solidarität zugedeckt. Das Ausrufezeichen will warnen: Händeklatschen für das Gesundheitspersonal, ‹bio› einzukaufen und den Zug zu nehmen genügt nicht! Solidarität, ein unbestrittener Hochwertbegriff genauso wie Demokratie, muss grösser und weiter verstanden werden. Nichts gegen die üblichen Hilfeleistungen, nachbarschaftlicher oder internationaler Art, wenn für Flutopfer und Hungernde gespendet wird. Auch ‚naturbelassene' Pärke und Flussrevitalisierungen sind wichtig. Doch diese gut gemeinten Solidaritätsaktionen unterliegen im Grunde den selben Grenzziehungen, wie sie für die Demokratie skizziert wurden. Soll jedoch das bisherige Verständnis von Demokratie ‹entgrenzt›, der kapitale Schwachpunkt Naturkonsumption überwunden werden, dann wird das «gesamte demokratische Fortschrittsgeschehen» in Frage gestellt.

Demokratie ist keine fertige Grösse, sie muss ständig weiter entwickelt werden. Heute brauchen wir eine ‹entgrenzte›, eine solidarischere Solidarität, um **Demokratien in allen vier Dimensionen demokratischer zu machen. Sonst kriegen wir die Sintflut nicht weg und mehr Gerechtigkeit nicht hin.** Das Ansinnen ist radikal, man ist geneigt, lieber den Überbringer der Botschaft kalt, statt sich seiner Mitteilung zu stellen. Zudem liegt eine einfache Lösung nicht vor. Solidarität sei ein Stück gelebter Utopie, hält Lessenich dem resignativen Impuls entgegen: «In einer Welt der verallgemeinerten Konkurrenz und der verbreiteten Indifferenz, in einer Welt, in der man den Vorrang des eigenen Vorteils und die Bedeutungslosigkeit fremden Leidens zu akzeptieren gelernt hat, ist das Versprechen, das diese Welt zu verändern vermag, ‹das Versprechen auf eine universelle Solidarität›, auf eine Solidarität, die ‹weder an den Grenzen des Privateigentums endet noch an denen der Nation›, und auch nicht an jenen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.» (Zitat im Zitat von Bini Adamczak.)
Die Besinnung auf unsere existenzielle Bedingtheit und eine weltumfassende Solidarität wäre doch der Ausgangspunkt, von dem aus eine echt nachhaltige Landwirtschaft neu gestaltet werden kann! Anstatt sie weiterhin den Berechtigungsanmassungen von Konzernen und den ihnen hörigen Verbänden zu überlassen. ●

Konflikthafte Berechtigungsansprüche auf das Land (am Luganersee). Foto: Jakob Weiss

Für *Kultur und Politik* ist eine Frage besonders wichtig: Welche Art Bauern und Bäuerinnen braucht denn dieses Land? Oder soziologischer ausgedrückt: **Wer kann und darf den Berechtigungsraum Landwirtschaft besetzen? Wer ist davon ausgeschlossen?**
Dabei geht es weniger um den Unterschied zwischen Biobauern und anderen Bauern, grossen oder kleinen Betrieben, sondern grundsätzlich um die unterschiedlichsten Ansprüche auf Boden und Land: Künftige HausbesitzerInnen, expandierende Unternehmen, zunehmender Verkehr, junge Familien, die bauern möchten und kein Land haben. Wessen Bedürfnis nach Boden hat – politischen, gesetzgeberischen, gesinnungsmässigen – Vorrang?
So betrachtet kann man auch die vergangene Abstimmung über die Agrarinitiativen als Kampf um Zulassung und Ausgrenzung deuten. Die chemische Industrie wollte von einem wichtigen Einflussbereich nicht ausgeschlossen werden, genauso wenig wie die Fenaco und die ihr angehörigen industriellen und dienstleistenden Betriebe. Bio Suisse schützte ihren Preisvorteil und eigene problematische Praktiken, statt den selbst definierten Berechtigungsraum zu öffnen und nachhaltiger zu machen. Gegen dieses seltsame Kräftegemisch wollten sich 40% der Bevölkerung die Berechtigung für eine pestizidfreie Landwirtschaft erkämpfen. Solidarität mit der Umwelt unterlag gegen Solidarität mit dem bestehenden geldorientierten Geschäftsmodell.